

Pressemitteilung

vom 26. Oktober 2020

Ausbildungsplätze im Gesundheitswesen planlos geopfert

*Der Eingriff der Landesregierung in das
Ausbildungssystem der Gesundheitsfachberufe ist eine
bittere Pille, die so nicht geschluckt werden kann!*

*Ohne den erforderlichen Weitblick und unter
Ausgrenzung bewährter Bildungsträger, hat die
Landesregierung die Ausbildungssituation der
Gesundheitsfachberufe in ein gespaltenes, unsoziales
und zentralisiertes Bildungs- und Berufsdebakel
manövriert!*

*Die Opfer dieser Situation sind Patienten,
Auszubildende, Therapeuten und medizinisch-
therapeutische Einrichtungen!*

Was ist passiert?

Jahrelang blieb der sich verschärfende
Fachkräftemangel im Gesundheitswesen von der
Landesregierung unbeachtet. Der Hauptanteil aller
Fachkräfte des Heil- und Therapiewesens wurde von
freien Trägern ausgebildet, deren Ausbildungsangebote
sowie die damit verbundene kostenpflichtige
Ausbildungssituation von der Landesregierung in Kauf
und umfassend in Anspruch genommen wurde. Die
drastische Zuspitzung des Fachkräftemangels führte
endlich dazu, dass die Landesregierung zu handeln

begann und die Schulgeldfreiheit als politisches Ziel auslobte, um so die Ausbildung attraktiver zu machen.

Was zunächst ein wichtiger und richtiger Schritt zu sein schien, entpuppte sich als trojanisches Pferd.

Anstatt eine gemeinsame landesweite Lösung anzustreben und die bewährten Bildungsträger mit ins Boot zu nehmen, entwickelte die Landesregierung am grünen Tisch einen Masterplan zur Schaffung eines Ausbildungsmonopols. Der Hebel zur Veränderung der bestehenden Ausbildungsordnung ist das Krankenhausfinanzierungsgesetz. Dort wird geregelt, dass Krankenhäuser für ihren eigenen Bedarf ausbilden und die Kosten den Krankenkassen in Rechnung stellen können. Teilweise ist es so sogar möglich, eine Ausbildungsvergütung zu zahlen. Wenn Krankenhäuser also alle bisherigen Ausbildungsstätten übernehmen, dann könnte die Ausbildung schulgeldfrei gestellt werden und dem Land würden dabei keinerlei Kosten entstehen. Ein politisch scheinbar unwiderstehliches Instrument frei nach dem Motto:

Bildung muss kostenfrei sein, aber zahlen sollen andere.

Es folgte ein sogenannter Moderationsprozess. Bewährte Bildungsträger in freier Trägerschaft

wurden aufgefordert, die Trägerschaft ihrer Schulen entschädigungsfrei an Krankenhäuser zu überführen. Ein deutschlandweit einmaliger Vorgang, welcher einer Enteignung gleichkommt. Zugleich wurden in offiziellen Verlautbarungen der Landesregierung die privat organisierten, freien Bildungsträger zum Feindbild erklärt, da sie zur Sicherstellung der Ausbildung Schulgeld erheben (müssen) und Schulgeld ja abgeschafft werden sollte. Dass Bildung jedoch Ländersache ist und dass bereits fast alle Bundesländer das Schulgeld abgeschafft haben, ohne die bewährten Bildungsträger zur Aufgabe zu zwingen, wird seitens der Landesregierung von Rheinland-Pfalz beflissentlich verschwiegen. Beispiele aus Hessen, Bayern oder Niedersachsen zeigen, dass Bildung im Gesundheitswesen einen hohen Stellenwert genießt. Alle Gesundheitsfachberufe wurden dort über Landesmittel schulgeldfrei gestellt.

Der Masterplan der Landesregierung zur Schaffung eines Ausbildungsmonopols ist mittlerweile weitestgehend aufgegangen.

Folge dieser verfehlten Landespolitik ist:

- dass jahrelang bereitgestellte Ausbildungsplätze bewusst gefährdet und bereits in großer Zahl abgebaut wurden. Statt dem Fachkräftemangel klug zu begegnen, wurde der Mangel ideologiegetrieben verschärft.

- dass Auszubildende mit einem Dreiklassen-system konfrontiert sind, in dem sie zum Teil noch Schulgeld in Höhe von bis zu 350 Euro pro Monat zahlen müssen, an Krankenhäusern schulgeldfrei ausgebildet werden oder sogar eine Ausbildungsvergütung erhalten.
- dass Praxen, Reha-Kliniken, sonstige medizinisch-therapeutische Einrichtungen und Apotheken kaum mehr Fachkräfte finden, da Krankenhäuser nur für den eigenen Bedarf ausbilden dürfen, aber 80 Prozent der Absolventen im ambulanten Bereich benötigt werden. Die Ausbildungsinhalte an Kliniken bereiten zudem nicht ausreichend auf den vielfältigen Einsatz in der Berufspraxis vor.
- dass Patienten lange Wartezeiten bei der Terminvergabe in Kauf nehmen müssen und im Zweifel nicht durch Fachkräfte behandelt werden, die für ihren spezifischen Fall ausgebildet wurden. Die Einrichtungen des Heil- und Therapiewesens finden mittlerweile zu wenige und/oder nicht geeignete Fachkräfte.

Dies Situation ist nicht mehr tragbar und bricht dem Ausbildungssystem der Gesundheitsfachberufe das Genick!

Darum haben die Bildungsträger und Schüler der freien Bildungseinrichtungen des Gesundheitswesens beschlossen, dagegen zu protestieren, ihre Empörung öffentlich zu machen

und auf diese untragbare Situation hinzuweisen,
bevor das System endgültig kollabiert!

Wir demonstrieren daher am Donnerstag,
29.10.2020, von 13:00 bis 15:30 Uhr auf dem
Ernst-Ludwig-Platz in Mainz, um auf die akute
Gefährdung der Patientenversorgung und den
sozialen Missstand in der Ausbildung der
Gesundheitsfachberufe aufmerksam zu machen.

Ansprechpartner für die Medien:

Dr. Falk Raschke, Geschäftsführer
VDP Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.
Dambachtal 37
65193 Wiesbaden

Telefon: +49 611 16864440
Mobil: +49 160 5889362
Info@privatschulen-rlp.de
<http://www.privatschulen-rlp.de/>

Vorsitzende: Corinna Gahl-Haupt
Stellvertretender Vorsitzender: Joachim Veigel
Sitz: Wiesbaden; Amtsgericht Mainz VR 3949

Der Verband Deutscher Privatschulen (VDP) vertritt bundesweit über 2.000 Schulträger mit etwa 300.000 Schüler*Innen, darunter ca. 160 Berufsfachschulen in der Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Podologie sowie für medizinisch-technischen Berufe. Der VDP ist damit der mitgliederstärkste Verband, der freie Träger der Gesundheitsfachberufe gegenüber Politik und Verwaltung unterstützt.